

Es gibt eine Vielzahl nationaler und internationaler Gesetze zum Schutz afrikanischer Wildtiere und Naturräume. Doch nur etwa 7% der Regenwälder des Kongobeckens besitzen einen Schutzstatus, der oft allein auf dem Papier existiert. Menschenaffen, auf Anhang I des Washingtoner Artenschutzabkommens (WA) und in der Afrikanischen Konvention aufgelistet, dürfen weder gejagt noch gefangen werden. Auch viele andere Wildtiere sind z.B. durch das WA geschützt.

Washingtoner Artenschutzabkommen (WA) bzw. CITES-Konvention

Das Abkommen regelt den internationalen Handel mit gefährdeten Tier- und Pflanzenarten bzw. deren Teilen. Es wurde von vielen Ländern der Welt unterzeichnet. In verschiedenen Anhängen sind Tier- und Pflanzenarten danach aufgelistet, wie stark sie gefährdet sind, und entsprechend ist der Handel mit ihnen begrenzt oder ganz verboten. Diese Anhänge werden alle 3 Jahre auf der Vertragsstaatenkonferenz überprüft bzw. aktualisiert.

Hemmnisse für die Umsetzung der Gesetze:

- Kollision mit nationalen wirtschaftlichen Interessen
- kein politischer, tatkräftiger Wille
- keine nationale Koordination
- Finanzierungsprobleme
- Mangel an Management-Kenntnissen
- Fehlen von gut ausgebildetem, ausreichend ausgestattetem Personal
- Gesetze werden ignoriert
- fehlende Kommunikationstechnik
- Korruption

Beispiel Kamerun

In Kamerun lag während der 80er Jahre die Verantwortung für Natur- und Tierschutz beim Tourismusministerium. Sein engagierter Leiter führte einen kompromißlosen Kampf gegen den Bushmeat-Handel. Es gab Kontroll-Teams in den Jagdgebieten und auf den Hauptstraßen. Auch die Bahnstationen wurden überprüft. Damals war kaum Wildfleisch auf den Märkten zu finden.

Ein Vorfall aus der jüngsten Zeit veranschaulicht den heutigen Zustand:

Ein Team zur Wilderei-Bekämpfung vom Ministerium für Umwelt und Forstwirtschaft führte eine Straßenkontrolle durch. Sie stoppten einen Mini-Bus und beschlagnahmten daraus eine Ladung kleiner Elefantenzähne und mehrere Ducker. Eine Frau hielt einen blutdurchtränkten Sack mit vier erschossenen Affen - sie war die Gattin eines Parlamentsabgeordneten...

In der VR Kongo ist Jagd nur während bestimmter Jahreszeiten erlaubt, nicht-traditionelle Jagdmethoden sind verboten, Gewehre müssen registriert und ein Jagdengelt entrichtet werden. **All dies wird landesweit ignoriert!**

Grundsatzverbote fruchten meist wenig! Die lokale Bevölkerung muss z.B. in die Klärung von Jagdrechten einbezogen werden. Umwelterziehung muss Verständnis für Schutzmaßnahmen wecken, und man muss alternative Erwerbs- und Ernährungsmöglichkeiten aufzeigen. Tier- und Naturschutz muss sich lohnen, gerade auf lokaler Ebene.

Viele Staaten bekunden den Willen, Maßnahmen gegen die illegale Jagd zu ergreifen. Doch **Korruption** und die Verwicklung von „Gesetzeshütern“ in den gewinnbringenden Wildfleischhandel sind an der Tagesordnung. Deshalb müssen engagierte Menschen in höchsten politischen Positionen genügend Befugnisse besitzen, strenge Maßnahmen umzusetzen. Konflikte mit anderen Interessensträgern sind vorprogrammiert.

Eine weitere **Schlüsselrolle** haben die „Umsetzer“, die **Kontroll-Teams** und die **Wildhüter**. Unzureichend ausgebildet, schlecht ausgerüstet und bezahlt brauchen sie eine hohe persönliche Motivation, um ihre oft gefährliche Arbeit durchzuführen. Deshalb unterstützen Naturschutzorganisationen wie die *Berggorilla & Regenwald Direkthilfe* diese Menschen mit Ausrüstung und anderer Hilfe. **Soziales Ansehen und Bezahlung von Schützern muß deutlich über dem von Jägern liegen!**



Gesetze muß man bekanntmachen!
Poster einer Naturschutzorganisation in Nigeria.

1996 verabschiedete die EU gemeinsam mit der ACP (African Caribbean Pacific Countries) folgende Resolution gegen die Jagd von Menschenaffen und die Zerstörung tropischer Wälder in Zentral- und West-Afrika:

- Durchsetzung nationaler und internationaler Gesetze
- Finanzielle Unterstützung durch die EU
- Druck der Europäischen Kommission und Regierungen auf europäische Holzkonzerne, einen Verhaltenskodex einzuhalten, um die negativen Einflüsse ihrer Tätigkeit in Afrika zu minimieren
- EU-geförderte Untersuchungen über Möglichkeiten schonenden Holzeinschlags und alternativer Proteinversorgung

Doch bisher kam es zu keinen Aktionen!!

Die praktische Durchsetzung bestehender Regelungen und Abkommen würde die entscheidende Wende für das Bushmeat-Problem bedeuten!